

## Wr. Gemeinderat - SP-Berger-Krotsch: "Die Straßenprostitution wird

Datum/Zeit: 27.04 16:25

OTS321 5 II 0291 DS10008

27.Apr 12

Kommunales/SPÖ/Wien-Klub/Gemeinderat/Frauen/Förderung/Berger-Krotsch

Wr. Gemeinderat - SP-Berger-Krotsch: "Die Straßenprostitution wird sich nicht einfach mit einem "Puff" wegzaubern lassen"

Utl.: SOPHIE-BildungsRaum für Prostituierte wertvolle Partnerin =

Wien (OTS/SPW-K) - Als eine wieder einmal "sehr erhellende Wortwahl" bezeichnete SP-Gemeinderätin Mag.a Nicole Berger-Krotsch die Meldung ihres Vorredners von der FPÖ - im Zusammenhang mit der Förderdebatte um den BildungsRaum für Prostituierte (SOPHIE) im heutigen Wiener Gemeinderat. "Das neue Wiener Prostitutionsgesetz brachte den AnrainerInnen sehr wohl eine Entlastung und mit dem Verein SOPHIE wird seit 2003, seit seinem Bestehen, sehr gute Arbeit für die Frauen geleistet", so Berger-Krotsch weiter.

Sexarbeiterin nicht gleich Sexarbeiterin

Nicht alle Prostituierten seien, wie von der FPÖ proklamiert, automatisch auch ungebildet. Sehr viele sehr gut ausgebildete AsylwerberInnen bliebe gar keine andere Möglichkeit als die Prostitution. "Und mit einem "Puff" lässt sich die Straßenprostitution ganz sicher nicht so einfach wegzaubern", Berger-Krotsch leicht ironisch.

Frauenspezifische Perspektive einbringen

SOPHIE sei eine sehr wertvolle Partnerin für die Stadt Wien und beteilige sich auch gemeinsam mit Polizei, Stadtverwaltung (MA 15) und anderen NGOs wie LEFÖ an einer Steuerungsgruppe, die die Umsetzung des neuen Gesetzes laufend evaluiere. "SOPHIE sorgt hier für die notwendige frauenspezifische Perspektive", ist sich die Gemeinderätin sicher. Das Projekt des Vereins der Volkshilfe Wien arbeite hochqualifiziert, mehrsprachig, hochprofessionell und würde insgesamt sehr gut angenommen. "Vieles lässt sich so schon im persönlichen Gespräch aus der Welt schaffen", weiß Berger-Krotsch.

Bundesgesetzgeber in puncto Sittenwidrigkeit weiter in die Pflicht nehmen

Auch die Abschaffung der Sittenwidrigkeit sei Berger-Krotsch immer schon ein großes Anliegen und von dieser Forderung an den Bundesgesetzgeber würde sie auch nicht abgehen. "Davon abgesehen muss hier noch viel mehr passieren für die Frauen, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, gerade im Bezug auf die Sicherheit", Berger-Krotsch abschließend.